



Anbieter von erneuerbaren Energien sollen für Netzausbau zahlen

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche will Anbieter von Wind- und Solarenergie an den Kosten für den Netzausbau beteiligen. Die Branche fürchtet, dass dadurch die Energiewende ausgebremst wird.

Angesichts des Ausbaus von Wind- und Solarkraftwerken sowie der Planungen für Großbatteriespeicher will die Bundesregierung die Anbieter von erneuerbaren Energien stärker an den Kosten des Stromnetz-Ausbaus beteiligen. Die Erneuerbaren-Branche soll daher je nach Region und Stand des Netzausbaus Zuschüsse zahlen, damit ihre Anlagen angeschlossen werden. Dies geht aus einem Gesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums hervor, der Reuters vorliegt. Zuvor hatte der „Spiegel“ berichtet.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (52, CDU) hatte bereits im Sommer mit ihren Plänen für Verunsicherung in der Branche gesorgt: Viele Anbieter Erneuerbarer Energien fürchten nun einen Stopp der Energiewende durch die Hintertür. Leonhard Birnbaum (59), Chef des Energieversorgers Eon, hatte im Interview mit manager magazin bereits zuvor mit der Energiewende abgerechnet, Solarsubventionen kritisiert und über „absurde“ Windparks gesprochen: „Wir haben im Moment überall Engpässe, weil wir regional ungesteuert und zu schnell Erneuerbare zugebaut haben für die vorhandene Infrastruktur“, meint Birnbaum. Viele Punkte des Entwurfs nehmen nun augenscheinlich Birnbaums Kritik auf. Pikant daran: Reiche war als Chefin der Eon-Tochter Westenergie jahrelang Kollegin des Eon-Chefs.

Keine Entschädigung mehr für Abregelung der Anlagen

Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass in Gebieten mit bereits ausgelasteten Netzen Betreiber von neuen Ökostrom-Anlagen zwar angeschlossen werden können, diese aber darauf verzichten müssen, für eine Abregelung ihrer Anlagen wegen Netzengpässen entschädigt zu werden. Dies ist bisher in der Regel der Fall. Dies soll die sogenannten Redispatch-Kosten senken, die über die Netzentgelte auf die Strompreise umgelegt werden.

Außerdem sollen Anreize für den Bau an für das Netz vorteilhaften Standorten geschaffen werden. Es würde das sogenannte Windhund-Verfahren ablösen, wonach derjenige Vorrang für den Anschluss hat, der am schnellsten ist.

Ähnliche Ideen hatte bereits die Bundesnetzagentur unter der Ampel-Regierung entwickelt. Damit könnte der Ausbau der Erneuerbaren besser am Netzausbau ausgerichtet werden. Die Energiebranche fürchtet dagegen, dies könne den Ausbau bremsen. 2025 stammte mehr als die Hälfte des Stromverbrauchs in Deutschland aus Wind-, Sonnen- oder Wasserkraftwerken.

Anträge für Batteriespeicher neu priorisieren

Weiterhin will die Regierung mit der Reform einer Antragsflut für Großbatteriespeicher begegnen: Dem Entwurf zufolge sehen sich die Netzbetreiber mit Anträgen für neue Anlagen wie Großbatteriespeicher im Umfang von rund 400 Gigawatt konfrontiert, obwohl nur ein Bruchteil davon realisierbar sei. Dies führe zu einer Überlastung der Betreiber und blockiere die knappen Anschlusskapazitäten für seriöse Projekte.

Künftig sollen so die Netzbetreiber Anträge nicht mehr nur nach der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeiten, sondern nach gesetzlichen Kriterien priorisieren können. Dazu zählen dem Entwurf zufolge der Beitrag zur Sicherheit des Stromsystems oder ob die Projekte besonders zu den Ausbauzielen der Regierung passen. Damit sollen für die Energiewende wichtige Vorhaben Vorrang vor spekulativen Anfragen erhalten.

la/reuters

Quelle: Manager Magazin